

06.03.2015

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

in diesem Jahr gab es bereits mehrere Terrorwarnungen, die eine erhöhte Alarmbereitschaft der deutschen Sicherheitsbehörden ausgelöst haben. Außerdem mussten eine Demonstration in Dresden sowie der Braunschweiger Karnevalsumzug abgesagt werden. Nun lagen für Bremen konkrete Hinweise auf eine Gefährdung vor. Die Bremer haben sich nicht aus der Ruhe bringen lassen, unsere Sicherheitskräfte haben nüchtern und bestimmt auf die Gefahr reagiert.

Wir müssen uns im Klaren sein, dass der Terror in einer Zeit des Unfriedens und der gewalttätigen Auseinandersetzungen an vielen Orten auf der Welt um Deutschland keinen Bogen macht. Aufgrund unserer aufmerksamen Sicherheitsorgane und nicht zuletzt auch wegen glücklicher Umstände ist es bislang nicht zu einem Anschlag gekommen. Wir müssen besonnen, aber aufmerksam auf Hinweise reagieren. Der Deutsche Bundestag trägt mit seiner Arbeit zur Stärkung der Sicherheitslage bei, etwa mit dem in 1. Lesung in der vergangenen Sitzungswoche eingebrachten Gesetzesentwurf, wonach Dschihadisten, die sich bewaffneten Kämpfern anschließen wollen, wirkungsvoll verfolgt und identifiziert werden können. Auch die Absicht, sich in einem Terrorcamp ausbilden zu lassen, soll unter Strafe gestellt werden.

Alle sind gefragt, um Intoleranz, Gewalt und Hass zu bekämpfen. Ein Warnsignal war deswegen die Empfehlung des Zentralrates der Juden in Deutschland, dass man sich in bestimmten Stadtvierteln besser nicht als Jude zu erkennen geben sollte. Diese Warnung unterstreicht auf dramatische Weise, wie verunsichert die jüdischen Mitbürger in unserem Land mittlerweile sind. Gesellschaft und Staat müssen alles unternehmen, damit sich Juden in unserem Land sicher fühlen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Mittelweser-Touristik auf der ITB in Berlin

In dieser Woche findet (noch bis zum 8. März) die Internationale Tourismus-Börse (ITB) in Berlin statt. Das war für die Vertreter der Mittelweser-Touristik einmal mehr Grund wieder nach Berlin zu kommen. Selbstverständlich stand auch ein Treffen mit Mittelweser-Touristik-Geschäftsführer Martin Fahrland und seiner Stellvertreterin Sonja Kuhn auf der Agenda. Ich kenne die beiden schon sehr lange—schon seit meiner Zeit als Bürgermeister—und habe mich sehr gefreut, sie mal wieder zu treffen. Als Bürgermeister in Langwedel habe ich gemeinsam mit dem Samtgemeindebürgermeister aus Thedinghausen Gerhard Schröder initiiert, dass auch Gemeinden aus dem Landkreis Verden Mitglied bei der Mittelweser-Touristik wurden. Mittlerweile sind neben Thedinghausen und Langwedel auch Achim und Dörverden dem Touristikverband beigetreten. Wir haben dabei selbstverständlich auch über die touristischen Potentiale unserer Region gesprochen und darüber vor welchen Herausforderungen die Tourismus-Branche insgesamt und speziell der Tourismus in unserer Region steht. Ich habe in dieser Woche auch die ITB besucht und mir dort ein Bild gemacht. Dabei stand auch ein Treffen mit der Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) auf dem Plan. Die DZT leistet hervorragende Arbeit bei der Vermarktung von Deutschland als Reiseland im Ausland.



Auch künftig die beste medizinische Versorgung für alle sichern

Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige medizinische Versorgung, die allen im Land, unabhängig von Alter, Einkommen oder Wohnort den Zugang zur notwendigen Behandlung ermöglicht, ist ein zentrales Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Besonderes Augenmerk gilt der drohenden Unterversorgung mit Hausärzten. Deshalb werden die Rahmenbedingungen für Ärzte weiter verbessert. Dazu zählt neben dem Abbau von Bürokratie und regionalen Vergütungsunterschieden insbesondere die Erhöhung der geförderten Weiterbildungsstellen in der Allgemeinmedizin um 50 Prozent auf 7.500.

Das Versorgungsstärkungsgesetz, das wir in dieser Woche eingebracht haben, richtet die Versorgung weiter am Bedarf der Menschen aus und schreibt nicht nur die Überversorgung in Ballungsräumen fort, wo es heute aus historischen Gründen viele Arztpraxen gibt. Denn insbesondere in ländlichen Gebieten steigt der Versorgungsbedarf. Das Gesetz gibt den Verantwortlichen vor Ort mehr Spielraum, ganz flexibel nach regionalen Bedürfnissen relativ starke Anreize für eine Niederlassung in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten zu setzen. Dazu wird etwa die Einrichtung eines Strukturfonds erleichtert, aus dem Investiti-

onszuschüsse, Vergütungsanreize und vieles mehr finanziert werden können.

Wo es Unterversorgung gibt, ermöglicht das Gesetz medizinische Versorgungszentren in kommunaler Hand und bindet die Krankenhäuser in die ambulante Versorgung mit ein. Es werden künftig auch Arztstühle, die für die Versorgung nicht notwendig sind, nicht mehr nachbesetzt. Allerdings kann kein Praxisaufkauf ohne ausdrückliche Zustimmung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) durchgesetzt werden. Entscheidungsgrundlage ist immer eine Bedarfsanalyse der KV. Und es gibt eine Reihe von Ausnahmen, die zur Nachbesetzung führen können.

Auch stärkt das Gesetz die Patientenrechte. Termin-Servicestellen verhelfen gesetzlich Versicherten künftig in dringenden Fällen innerhalb von bis zu vier Wochen zu einem Termin bei einem niedergelassenen Facharzt oder im Krankenhaus. Zugleich geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. In einem Innovationsfonds stehen von 2016 bis 2019 pro Jahr 300 Millionen Euro gezielt für Projekte bereit, die neue Wege in der Versorgung beschreiten.

Industrie blickt immer optimistischer auf Exporte

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie sind im Februar auf 11,9 Saldenpunkte gestiegen, nach 9,5 im Januar. Die Exporterwartungen erreichen damit den höchsten Stand seit Mai 2014. Wesentlicher Treiber der Entwicklung ist der Fahrzeugbau. Die deutschen Automobilhersteller rechnen mit einem deutlichen Anziehen des Geschäfts. Dafür sind vor allem der niedrige Eurokurs und der gesunkene Ölpreis ausschlaggebend. Weiterhin gute Exportchancen rechnen sich auch die Unternehmen in der Chemi-

schischen Industrie, in der Metallerzeugung und -bearbeitung und in der Elektrotechnik aus. Niedrigere Exporterwartungen als noch im Januar gibt es im Maschinenbau. Hier konnte der im Januar erreichte Jahreshöchststand nicht gehalten werden; die Erwartungen liegen aber weiterhin über ihrem langfristigen Durchschnitt. Diese Zahlen basieren auf ca. 2.700 monatlichen Meldungen von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes.

15 Mrd. Euro Investitionspaket und Gelder für Kommunen

Die Koalitionspartner haben in dieser Woche das von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vorgeschlagene 10 Mrd. Euro-Investitionspaket beschlossen. Demnach wird der Bund von 2016-2018 insgesamt 7 Mrd. Euro für zusätzliche Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, für Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz, in die digitale Infrastruktur, in den Klimaschutz und in die Städtebauförderung einsetzen. Zum anderen wird der Bund im gleichen Zeitraum weitere rund 3 Mrd. Euro auf den Weg bringen, indem allen Fachressorts zusätzliche Mittel in Höhe ihrer bisherigen Anteile zur Gegenfinanzierung des Betreuungsgeldes zur Verfügung gestellt werden. Auch diese Mittel werden für zukunftsorientierte Ausgaben eingesetzt werden.

Außerdem wird der Bund den Kommunen 2017—über die bereits vorgesehene 1 Mrd. Euro hinaus—weitere 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, um ihnen so Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen. Darüber hinaus wird der Bund ein Sondervermögen errichten, dessen Mittel der Förderung von Investitionen in finanzschwachen Gemeinden und Gemeindeverbänden zugute kommen sollen. Dieses Sondervermögen soll bis 2018 Leistungen gewähren und mit insgesamt 3,5 Mrd. Euro ausgestattet werden.

Damit werden in den kommenden Jahren weitere 5 Mrd. Euro für Kommunen zur Verfügung gestellt und die kommunalfreundliche Politik des Bundes fortgesetzt. Investitionspaket und Entlastungen für die Kommunen sind nach meinem Dafürhalten in die Zukunft investiertes Geld.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range